

# Das „Wagnis Auschwitz“

Unter Führung der Allianz versicherten deutsche Assekuranzen SS-Betriebe und Baracken in Auschwitz, Krakau und anderen Konzentrationslagern. Für die Versicherungen war es ein ganz normales Geschäft.

Vier Kilo schwer und sechs Zentimeter hoch war das Präsent, das sich der Vorstand der Münchner Allianz-Versicherung zum hundertsten Firmenjubiläum im Jahre 1990 gönnte. Die voluminöse Festschrift zeichnete die Chronologie eines bemerkenswerten Erfolges. Selbst die dunklen Jahre der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 schien der größte europäische Versicherungskonzern mit Anstand bewältigt zu haben.

Großzügig dokumentierte der Marburger Historiker Peter Borscheid die edlen Taten des Versicherers: In den dreißiger Jahren hätte die Allianz den „Mitgliedern demokratischer Parteien ganz bewußt eine berufliche Bleibe“ geboten und später auch „engen Kontakt zu führenden Männern des Widerstands gehalten“. Und wenn sich Mitarbeiter mit den braunen Macht-habern doch zuweilen eingelassen hätten, so nur, „um Schlimmeres verhüten zu können“.

Daß diese einseitige Version keinen Bestand haben würde, ahnte der inzwischen verstorbene Allianz-Chef Wolfgang Schieren schon lange. Die Nazi-Zeit, so gab er 1995 im Aufsichtsrat bekannt, wolle er jedoch erst zum „nächsten Jubiläum“ ausleuchten lassen – im Jahre 2015.

Jetzt bekommt das Glanzbild der Allianz schon vorher ein paar dicke Kratzer. Überlebende des Holocaust klagen derzeit in den USA gegen die Assekuranz auf Schadensersatz in Milliardenhöhe für ihnen entgangene Lebensversicherungen (siehe Kasten Seite 62). Und nun zeigen SPIEGEL-Recherchen im Bundesarchiv in Berlin und Koblenz, daß die Versicherung mit dem NS-Regime selbst finanziell alliiert war. Die Dokumente sind seit Jahrzehnten zugänglich – und bleiben doch unbeachtet.

Das Münchner Unternehmen führte demnach eine ganze Phalanx namhafter deutscher Versicherer an, die mit der NSDAP und deren Terrortruppe SS zu-

sammenarbeitete. Die Konzerne kassierten gleich zweimal: von den Opfern und den Tätern. Sie verdienten an den Versicherungen der deportierten Juden – und an den Policen für die Zwangsarbeitsbetriebe der SS.

Von 1940 bis 1945 versicherte etwa die Allianz in den Konzentrationslagern Rüstungsbetriebe der SS und Häftlingsbaracken, Materiallager und Fuhrparks. Sie schloß mit den SS-Dienststellen eine Vielzahl von Verträgen und kassierte Hunderttausende Reichsmark an Prämien.

Auf den Policen mit dem Kopf der Assekuranz finden sich die Orte des Grauens: Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Stutthof, Neuengamme und Ravensbrück. Ob Haftpflicht-, Feuer- oder Unfallversicherung –

die Allianz hatte alles, getreu ihrem Werbeslogan, „voll und ganz versichert“.

Ebenso regelmäßig wie gründlich inspierten Vertreter der Versicherung die Werkhallen auf den KZ-Arealen. Der SS gaben sie gute Tips gegen Feuergefahr. Wenn es allerdings brannte, benahmen sie sich wie im Zivilleben: Sie zahlten sowenig wie möglich.

Nach dem Krieg wollte sich die Allianz an all das nicht mehr erinnern. Den Unwillen, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, teilte sie allerdings mit den meisten deutschen Großunternehmen. Erst kürzlich ließen die Deutsche Bank und der Volkswagen-Konzern, immerhin, ihre Rolle im Nationalsozialismus wissenschaftlich dokumentieren.

Die unheilige Allianz zwischen dem mächtigen Versicherungskonzern und der NSDAP wurde schon im völkisch bewegten Ersten Weltkrieg begründet. Vorstandschef Kurt Schmitt, der damals aus dem mittelständischen Unternehmen einen Weltkonzern formte, sah Hitler erstmals in einem Bierkeller und war „sehr beeindruckt“.

Richtig nahe kam der Jurist und Hauptmann a. D. dem „Führer“ 1931. Die NSDAP war inzwischen zweitstärkste Partei im Reichstag. Hitler sah einen Bürgerkrieg heraufziehen und wollte seine Schlägertruppe von der SA bewaffnen.

Am 3. Februar des Jahres lud der Parteichef Schmitt und den Aufsichtsratsvorsitzenden der Allianz, August von Finck, in den Berliner „Kaiserhof“. 30 Minuten lang beschwor Hitler die gängigen Schreckensbilder von der kommunistischen Gefahr. Dann überließ er die Gäste Walther Funk, seinem persönlichen Spendenbeschaffer. Der brauchte nur noch fünf Minuten, bis er verkünden konnte: „Wenn es zum Bürgerkrieg kommt, gibt es von der Allianz fünf Millionen Mark.“

Hitler freute sich: „Diese Millionen sind Macht.“ Die Freige-



Allianz-Police für SS-Betriebe in Auschwitz: „Tadellose Ordnung“



Von der Allianz versicherte Baracken im Konzentrationslager Krakau-Plaszów (1943): Selektion für Auschwitz

bigkeit der Allianz hatte gute Gründe. Das Unternehmen fürchtete den sozialrevolutionären Flügel der aufsteigenden NSDAP. Seit Bismarck die privaten durch öffentlich-rechtliche Versicherungen ersetzen wollte, hielt die Diskussion um eine Verstaatlichung der Assekuranzen an. So setzte die Allianz große Hoffnungen auf die Freunde der Privatwirtschaft in der NSDAP, vor allem auf Hermann Göring.

Der hielt den Kontakt zu Schmitt. Im Herbst 1932 bat Göring den Unterneh-

menschef und dessen Vorstandskollegen Eduard Hilgard in seine Privatwohnung in die Kaiserstraße in Berlin. Der Reichstagspräsident trug seinen Gästen die Parteimitgliedschaft an, und beide sagten später zu. Trotz Aufnahmesperre – die NSDAP konnte sich des Andrangs kaum noch erwehren – wurden sie 1933 zu Parteigenossen, Hilgard mit der Mitgliedsnummer 2009482, Schmitt mit der 2651252.

Der Allianz-Chef machte nun auch politisch Karriere. Im Juni 1933 – Hitler war

seit fünf Monaten an der Macht – wurde er dessen Reichswirtschaftsminister, den Allianz-Vorsitz legte er nieder. Eine Ehrenjungfrau in Weiß mit Blumenstrauss begrüßte das neue Kabinettsmitglied am neuen Amtssitz.

Im Oktober 1933 trat Schmitt in die SS ein und wurde dort nach kurzer Zeit Brigadeführer. Vor seinem Büro stand seitdem eine SS-Ehrenwache. Stolz trug der Wirtschaftsboß einen eigens angefertigten, klotzigen Totenkopfring, ein persönliches Geschenk Heinrich Himmlers. Am Gürtel seiner schwarzen SS-Uniform baumelte der Ehrendegen des Reichsführers SS, hergestellt von der Schwertschmiede im KZ-Dachau, die später dann auch von der Allianz versichert wurde.

Schmitt wurde zudem Mitglied im sogenannten Freundeskreis des Chefs der SS, Heinrich Himmler. Dieser Herrenklub deutscher Wirtschaftsführer diente zur Stützung des Totenkopfordens; und Schmitt traf dort auf gute Bekannte: Die Manager Friedrich Flick, Emil Meyer und Alfred Olscher saßen auch im Aufsichtsrat der Allianz.

Hitler war mit dem Bündnis offenkundig zufrieden. Die monumentalen Umbaupläne Albert Speers für das Berlin „nach dem Endsieg“ wiesen der Allianz eine besonders feine Adresse zu: Ihr neoklassizistischer Protzpalast sollte direkt am Runden Platz liegen, der zwischen dem Triumphbogen und der „Großen Halle“ geplant war.

Und als im Dezember 1938 einige Nazi-Größen wieder einmal die Versicherungs-



NS-Akten im Bundesarchiv Koblenz: Seit Jahrzehnten zugänglich

# „Wir haben Schuld auf uns geladen“

Interview mit Allianz-Vorstand Herbert Hansmeyer  
über die Rolle des Versicherungskonzerns im Dritten Reich

*Hansmeyer, 56, gehört dem Vorstand der Allianz Holding seit 1994 an.*

**SPIEGEL:** Herr Hansmeyer, hat sich die Allianz am Holocaust bereichert?

**Hansmeyer:** Es ist richtig, daß wir Schuld im Dritten Reich auf uns geladen haben, aber am Holocaust bereichert haben wir uns nicht.

**SPIEGEL:** Die Allianz hat immerhin diverse Versicherungen mit SS-Betrieben in Konzentrationslagern abgeschlossen.

**Hansmeyer:** Wir sind damit dem Holocaust sicherlich bedenklich nahe gekommen. Möglicherweise wußten sogar einige Mitarbeiter, was in den Lagern geschah. Es muß jedoch unterschieden werden zwischen dem Millionermord in den Gaskammern und den SS-Betrieben. Wir haben nicht die Konzentrationslager selbst versichert.

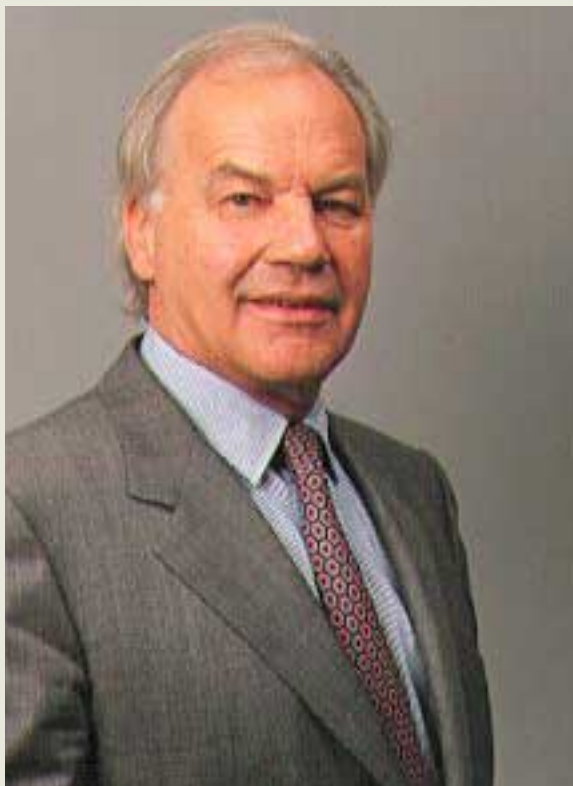
**SPIEGEL:** Aber hat die Allianz nicht den KZ-Betrieb unterstützt, indem sie Brandschäden etwa in Buchenwald oder Lemberg beglichen hat?

**Hansmeyer:** Es ist das Deprimierende daran, daß diese Brände wie ganz normale Versicherungsfälle abgewickelt wurden. Die SS wäre allerdings auch ohne die Allianz in der Lage gewesen, ihre verbrecherischen Aktivitäten weiterzuführen.

**SPIEGEL:** Haben Sie Gewinn oder Verlust gemacht im Geschäft mit der SS?

**Hansmeyer:** Das läßt sich kaum noch rekonstruieren, weil die Schadensakten fehlen, die über unsere Kosten Auskunft geben. Die vorliegenden Unterlagen lassen für die Jahre 1940 bis 1945 auf eine Größenordnung eines möglichen Gewinns von höchstens wenigen tausend Reichsmark schließen, die mit anderen Versicherungen auch noch geteilt wurden. Von einer Bereicherung kann schon deshalb nicht die Rede sein.

**SPIEGEL:** An den Feuerversicherungen in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern waren auch die Aachener



**Allianz-Manager Hansmeyer:** „Ganz normale Fälle“

und Münchener, die Victoria und andere Versicherungen beteiligt. Wissen Sie, warum die Allianz die Federführung übernahm?

**Hansmeyer:** Wir waren damals schon führender Industrieversicherer in Deutschland. Deshalb haben wir auch hier die Federführung gehabt.

**SPIEGEL:** Trägt die Allianz damit nicht eine besondere Verantwortung, weil sie das Geschäft abgewickelt, die Lager besichtigt und den ständigen Kontakt zur SS gehalten hat?

**Hansmeyer:** Viele Wirtschaftsunternehmen haben in dieser Zeit Schuld auf sich geladen, indem sie an einem System mitwirkten, dessen verbrecherische Dimension vielleicht den damaligen Beteiligten nicht klar war. Das will ich auch für die Allianz nicht in Abrede stellen.

**SPIEGEL:** Sind Ihnen neben den jetzt vorliegenden Policen noch weitere Versicherungen bekannt, die von der Allianz mit der SS abgeschlossen wurden?

**Hansmeyer:** Bisher haben wir dafür keine Anhaltspunkte. In der Bundesrepublik müssen Unterlagen für Sachversicherungen nur sieben Jahre aufbewahrt werden. Wir haben deshalb aus der Nazi-Zeit kaum noch Akten über Nicht-Lebensversicherungen. Eine von uns schon seit längerem geplante Historikerkommission, die unsere Rolle im Dritten Reich aufarbeiten soll, wird dieser Frage noch einmal besonders nachgehen.

**SPIEGEL:** Die jetzt vorliegenden Policen aus dem Bundesarchiv sind im Allianz-Archiv also nicht vorhanden?

**Hansmeyer:** Nein, wir haben allerdings immer noch Aktenberge, die nicht aufgearbeitet sind.

**SPIEGEL:** Wieso hat die Allianz nicht selbst im Bundesarchiv nachgefragt?

**Hansmeyer:** Wir wollten erst unser eigenes Material ordnen, und damit sind wir immer noch nicht fertig. Erst danach wollten wir in den öffentlichen Archiven forschen.

**SPIEGEL:** Am Aufbau Ihres Archivs arbeitet nur eine Halbtagskraft. Erst jetzt setzen Sie eine Historikerkommission ein. Das sieht nicht so aus, als wenn die Aufarbeitung der NS-Zeit hohe Priorität genossen hätte.

**Hansmeyer:** Andere Unternehmen haben sicherlich ihre Rolle im Dritten Reich besser und früher aufgearbeitet. Den Vorwurf höre ich und kann ihm nicht widersprechen.

**SPIEGEL:** Holocaust-Überlebende haben die Allianz in den USA in Milliardenhöhe verklagt. Werden Sie nun einen Fonds nach Schweizer Vorbild auflegen?

**Hansmeyer:** Wir hatten zum Kriegsende fast unser ganzes Vermögen verloren und damit auch die Grundlage für Versicherungsleistungen an unsere Kunden. Dennoch schließen wir so einen Fonds nicht aus, doch für eine solche Entscheidung ist es zu früh. Wir wissen noch zu wenig über unsere Rolle im Dritten Reich und wollen mit Hilfe der Historikerkommission erst die Fakten klären.

wirtschaft verstaatlichen wollten, entschied der Reichskanzler persönlich dagegen. Eine „Diskussion über diese Frage“ habe „in Zukunft zu unterbleiben“, ließ er durch Hermann Göring ausrichten.

Der Generalfeldmarschall wiederum versicherte seinen frisch verliehenen Marschallstab samt Diamanten und Juwelen bei der Allianz.

Hitler selbst war privat Kunde bei einem Tochterunternehmen des Konzerns, der Bayerischen Versicherungsbank. 1936 ließ der Führer dort sein Haus Wachenfeld, den Berghof auf dem Obersalzberg, gegen Einbruchdiebstahl, Wasser-, Sturm- und Feuerschäden rundumversichern. Immerhin 1090 Reichsmark mußte Hitler pro Jahr dafür an die Assekuranz berappen. Die Provision für die Versicherung – 272,50



#### **Minister Schmitt in Hitlers Kabinett\***

*Ehrendegen aus dem KZ*

Reichsmark – ging an seinen Mitarbeiter Martin Bormann.

Das Unternehmen, so räumte der heutige Allianz-Chef Henning Schulte-Noelle, der Schieren 1991 nachfolgte, kürzlich in einem internen Rundschreiben ein, habe „wie jede größere Gesellschaft und Institution dem totalitären Herrschaftssystem nicht widerstanden“. Tatsächlich hatten Mitarbeiter der Frankfurter Allianz-Filiale vor Jahren schon im Keller ein dunkel eingeschlagenes Notizbuch mit detaillierten Angaben über „Ausgeschiedene Angestellte 1921–1957“ gefunden. In akkurater Handschrift wird darin belegt, was die Allianz noch 1990 verschwieg: Jüdische Mitarbeiter wurden bereits zur Jahreswende 1936/37 entlassen; die Versicherung hätte sie damals ohne großes Risiko weiterbeschäftigen können.

„Kdg. (Jüdin)“ lautete der Eintrag für die Frankfurter Allianz-Angestellten Rosi

\* Im Sommer 1933; mit Franz von Papen, Peter Paul von Eltz-Rübenach, Adolf Hitler, Hermann Göring, Werner von Blomberg, Wilhelm Frick, Konstantin von Neurath.

und Valerie Gottlieb, Ilse Friedländer und Hedwig Merkel. Die beiden Schwestern nahmen sich später das Leben. Ihre Kollegin Ilse Friedländer ist in Auschwitz verschollen. Der Innendienst der Assekuranden sei bereits „judenfrei“, verkündete stolz der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, im Oktober 1938.

Widerspenstig zeigte sich die Allianz-Führung dann, wenn es ums Geld ging, etwa im Zusammenhang mit der sogenannten Reichskristallnacht vom 9. auf den 10. November 1938. Für die Sachschäden, die zerschlagenen Geschäfte und Wohnungen, sollten zunächst die Assekuranden haften. Doch für Kurt Schmitt – nach einem Kreislaufkollaps 1935 aus der Regierung wieder ausgeschieden und Aufsichtsratsmitglied der Allianz – handelte es sich bei dem Pogrom um „bürgerliche Unruhe“ – und die war von den Versicherungen ausgeschlossen worden.

### Im Gefolge der deutschen Truppen übernahmen die Versicherungen fast ganz Europa

Jede Zahlung wäre „eine Abwälzung der dem Judentum auferlegten Strafe auf die rein deutschen Versichertengemeinschaften“, fand auch Allianz-Vorstand Hilgard, der für die Versicherungen mit dem Reich verhandelte. „Eine solche Regelung würde die Leistungsfähigkeit der deutschen Versicherer zugunsten der Juden schwächen und in höchstem Maße dem gesunden Rechtsempfinden aller Volksgenossen widersprechen.“

Als Kompromiß bot Hilgard an, Ariern und Auslandsjuden den Schaden zu ersetzen – damit letztere „keine Gelegenheit erhalten, die Ereignisse des 8. – 10. November in tendenziöser Weise gegen das Deutsche Reich auszunutzen“.

Göring willigte ein. Statt der ursprünglich kalkulierten 20 Millionen Reichsmark mußten die Gesellschaften nur 1,5 Millionen zahlen. Deutschlands Juden hingegen zwang der Generalfeldmarschall eine sogenannte Sühneleistung von einer Milliarde Reichsmark auf.

Von ihrem Versicherer bekamen die jüdischen Kunden keinen Pfennig. Die Allianz-Hauszeitung höhnte statt dessen, daß man die Häuser der Juden nicht mehr versichern solle, weil diese „gar zu oft abbrennen“. Der Branchenriese erklärte sogar kurzerhand Glas- und Feuerschäden jüdischer Versicherungsnehmer, auch wenn hier die braunen Horden nicht am Werk gewesen waren, zu Spätfolgen der Pogromnacht – für die brauchten die Assekuranden nicht einzustehen.

Rosa Mayer bestand dennoch auf ihrem Recht. Der Jüdin aus Laufersweiler im Hunsrück hatte ein Geisteskranker am 13. November das Haus abgefackelt. Tapfer

forderte sie aus ihren Feuerversicherungspolicen Nr. 7024590 und 7024609 von der Allianz 8719 Reichsmark Schadensersatz. Hans Goudefroy, Chefsyndicus der Assekuranz und Vorstandsvorsitzender nach 1948, bat Kammergerichtsrat Thees im Reichsjustizministerium, „das Ihnen notwendig Erscheinende zu veranlassen“. Thees ließ das Verfahren niederschlagen.

Das tat er auf Wunsch Goudefroys auch im Fall von Sally Kugelmann aus Holzminden. Dem jüdischen Kaufmann hatten Unbekannte zwei Wochen nach dem Pogrom die Scheiben seines Geschäfts zertümmert. Zahlen wollte die Allianz trotzdem nicht und setzte sich damit – so urteilt

heute der Versicherungshistoriker Andre Botur – „gänzlich ins Unrecht“.

Der Schulteranschluß mit dem Hitler-Reich verhalf den Versicherungen im Zweiten Weltkrieg zu profitablen Geschäften. Im Gefolge der deutschen Truppen eroberten die Assekuranden fast den ganzen europäischen Markt. „Es macht keinerlei Schwierigkeiten, den Versicherungsmarkt der besetzten Länder restlos nach Deutschland zu orientieren“, schrieb Schmitt an Göring.

Die Unternehmen übernahmen im okkupierten Gebiet die Bestände der bis dahin weltweit führenden britischen Konkurrenz. Die deutsche Versicherungswirt-

schaft, hatte Vorstand Hilgard bereits 1936 verkündet, sei der „Pionier für den deutschen Gedanken in der Welt“.

Mehrere hundert Seiten dick sind die Akten des Bestandes NS 3 im Bundesarchiv. Die Dokumente stammen aus dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, der Zentrale des Himmlerschen Wirtschaftsimperiums. Die Versicherungen, das belegen die Akten, waren Geschäftspartner der KZ-Betriebe – und die dienten der „Vernichtung durch Arbeit“, so der Historiker Hermann Kaienburg\*.

\* Hermann Kaienburg: „Vernichtung durch Arbeit“. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn 1990; 504 Seiten; 39,80 Mark.

Heinrich Himmler ließ in den Konzentrationslagern von Beginn an Häftlinge als Arbeitsklaven auspressen. Ob in den Steinbrüchen von Buchenwald, den Fabriken von Auschwitz oder dem Klinkerwerk von Neuengamme: Die Häftlinge sollten sich zu Tode schuften und zugleich möglichst viel Geld in die Kasse der SS bringen.

1937 begann der Reichsführer SS, sein Wirtschaftsimperium systematisch auszubauen. Der ehemalige Geflügelzüchter setzte auf eine Privatisierung und machte aus den KZ-Betrieben GmbH. Die neuen Unternehmen mit so unschuldigen Namen wie Deutsche Ausrüstungswerke GmbH (DAW) oder Deutsche Erd- und

Steinwerke GmbH (DEST) mußten versichert werden.

So empfahl der für den Arbeitseinsatz zuständige SS-Sturmbannführer Gerhard Maurer, die „in den Häftlingswerkstätten beschäftigten Zivilangestellten gegen Schäden“ zu schützen, „die diese durch leichtfertige oder böswillige Handlung der Häftlinge erleiden“. Im Sommer 1940 ließ Maurer die Zivilangestellten der in den Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen errichteten Klinkerwerke der DEST bei der Allianz versichern. Himmlers Arbeitsklaven mußten dort Steine für die Führerbauten brennen.

Maurer zahlte einen für ihn günstigen Preis. Pro Arbeiter, egal ob Häftling oder Zivilangestellter, mußte er nur 50 Pfennig Jahresbeitrag für die Haftpflichtversicherung zahlen. SS-Untersturmführer Raupach von den Deutschen Ausrüstungswerken hatte für seine Betriebe in den gleichen Lagern fast das Doppelte zu entrichten.

### Himmler ließ in Dachau altgermanische Schwerter schmieden

Der Allianz-Vertreter von Adrian verlangte von ihm für die Haftpflichtversicherung Nr. H 128217 jährlich 1417,50 Reichsmark für 1500 „beschäftigte Personen“.

Mit den Assekuranzen wurden auch Feuerversicherungen für die KZ-Betriebe abgeschlossen, und zwar zunächst für Dachau, dem Vorbild für alle anderen Lager. In der dortigen Tischlerei mußten 600 Häftlinge schuften. Am 1. Juli 1940 inspizierte der Allianz-Vertreter Steiner in SS-Begleitung den Betrieb und zählte danach penibel auf sechs Seiten alles auf, von der Kreissäge bis zum „Kochkessel für Wurstwaren“, was für den KZ-Betrieb Wert hatte. Am Ende kam Steiner auf eine Versicherungssumme von immerhin 500 000 Reichsmark, mit entsprechend hohen Prämien.

Die KZ-Betriebe wurden von mehreren Assekuranzen gemeinsam versichert. Bei der Tischlerei in Dachau übernahm die Allianz mit 30 Prozent die Federführung. Der Rest ging an den Gerling Konzern, die Aachener und Münchener Feuerversicherung, die National Allgemeine Versicherungs A. G. und die Württembergische Feuerversicherung.

Die Verteilungspläne der Feuer-Sammelversicherungen lesen sich wie das Who's who der deutschen Versicherungswirtschaft. Bei den DAW-Filialen in Buchenwald und Stutthof – Versicherungsschein A 24524 und 304352 – waren wechselweise die Colonia, Iduna-Germania und die Mannheimer Versicherungsgesellschaft beteiligt; in Sachsenhausen kassierten allein zwölf deutsche Assekuranzen ab – stets unter der Führung der Allianz.

Beim SS-Übungslager Dachau war die Allianz allein im Geschäft. Himmler, der

sich für eine Reinkarnation des Sachsenkönigs Heinrichs I. hielt, ließ dort altgermanische Schwerter schmieden – was nicht ganz ungefährlich war. Im Schuppen, notierte ein Allianz-Mitarbeiter, gebe es 25 Liter Benzinersatz, diverse Blechkannen mit Emaillelack und einen Glasballon mit Salpetersäure. Die Allianz begnügte sich dennoch mit einem Jahresbeitrag von 125 Reichsmark.

Auch die SS-Betriebe in den Konzentrationslagern im Osten wurden zum Geschäftspartner der Versicherungen. Am 15. April 1941 bat Maurer, inzwischen SS-Obersturmbannführer, den Berliner Subdirektor der Allianz, Max Beier, um den Besuch eines Kollegen aus der Kattowitzer Geschäftsstelle in den DAW in Auschwitz. Da sich der Betrieb auf dem KZ-Gelände befindet, solle der Besucher bitte vorher bei SS-Obersturmbannführer Rudolf Wagner vorbeischaun.

Am 2. Mai 1941 besichtigte der Allianz-Abgesandte zusammen mit dem SS-Mann „alle Feuerquellen“ in den Betrieben von Auschwitz. Eine „gefahren erhöhende Nachbarschaft“ konnte der Vertreter nicht feststellen. „Feuer-Löschgeräte werden angeschafft“, schrieb er in seinen Bericht. Am 20. Juni machte die Allianz ihr Angebot über einen Jahresbeitrag von 1360,95 Reichsmark. Versichert wurden damit „Werksgebäude“, „Tischlereibedarf“ und „Rundhölzer“ für 581 400 Reichsmark, Aufäumungskosten inklusive. Die SS zahlte mit Postscheck: für den Feuer-Versicherungsschein A 908506.

Für das „Wagnis Auschwitz“ – wie es unter den Versicherungstechnokraten der Allianz hieß – waren die Lagerbedingungen von Vorteil: „Infolge ständiger militärischer Aufsicht herrscht tadellose Ord-



Reichspogromnacht 1938\*: „Gesundes Rechtsempfinden“

nung und Sauberkeit“, notierte Alfred Sack von der Geschäftsstelle Kattowitz nach einem KZ-Besuch im Januar 1942.

Vorsorglich fragte Subdirektor Beier an, ob in Auschwitz „auch für die leerstehenden Gebäude der Lagerverwaltung Feuer-versicherungsschutz gewünscht“ werde. Die DAW wünschten es nicht.

Doch jede neue Werkhalle der DAW in Auschwitz brachte den Versicherungen einen „Nachtrag“. Die wurden ständig verlängert. Für den letzten – gültig bis zum 15. Oktober 1945, 12 Uhr – war eine Jahresprämie von 16 883 Reichsmark zu zahlen.

25 Prozent des Risikos hielt seit Oktober 1942 die Allianz, jeweils 20 Prozent die Aachener und Münchener sowie die Magdeburger, jeweils 10 Prozent die

\* Zerstörtes jüdisches Geschäft in Berlin.

Victoria und die Silesia und 15 Prozent die Schlesische Feuer-Versicherung.

Dem „Herrn Reichsführer SS“, Heinrich Himmler, schickte die Berliner Allianz-Zentrale sogar Ratschläge für die Sicherheit der Betriebe in Auschwitz. Er möge doch veranlassen, daß „die Grenze des Holzlagers im Freien durch Pfähle abgesteckt wird“. Dies habe Brände „schon oft verhütet“.

Für die DAW in Sachsenhausen gab es für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen Rabatt. Beim Bau einer Brandmauer, „mindestens 1 Stein stark und 30 cm über Dachspitzenhöhe“ hoch, versprach die Feuer-Abteilung der Allianz eine Senkung der Prämie um 15 Prozent. Der Reichsführer SS möge daraus ersehen, „daß wir Ihnen nicht nur eine geringere Prämie verschaffen, sondern auch zur Erhaltung der vorhandenen Werte beitragen möchten“.

Das Risiko für die Assekuranzen war gering. Gebrannt hat es in den KZ-Betrieben selten. Der Grund wurde auf den Versicherungsscheinen vermerkt: „Das SS Territorium sowie das Konzentrationslager ist ständig durch SS Mannschaften bewacht.“ Außerdem gab es eine eigene Lagerfeuerwehr.

Einmal wurde es für die Allianz teuer: Im Zwangsarbeitslager Lemberg, von den Nazis „Julag“ (Judenlager) genannt, hatten Unbekannte am 10. Mai 1943 um 4 Uhr früh die Maschinenhalle samt neuer Tischlerei angesteckt. Die SS vermutete Sabotage. Der Schaden belief sich auf 278 168 Zloty (etwa 140 000 Reichsmark).

Versichert war der Betrieb der DAW nur zur Hälfte. Die Verwaltung des Unternehmens hatte es versäumt, den Tischlerei-Neubau rechtzeitig nachzumelden. Die SS-



Modell der Allianz-Zentrale in Hitlers Plänen für Berlin nach dem Endsieg: Besonders feine Adresse



Hitlers Berghof Haus Wachenfeld (bei Berchtesgaden): „Voll und ganz versichert“

Bürokraten in der Berliner Zentrale beriefen sich jedoch darauf, daß es „ja schon Vorverhandlungen wegen Erhöhung des Versicherungsschutzes“ gegeben habe. Die Allianz-Tochter zeigte sich kulant und zahlte.

Die Werkleitung des zum KZ Lublin-Majdanek gehörenden Sägewerks Pulawy hatte dagegen keinen Erfolg. Für den Schaden dort war die SS selbst verantwortlich. Sie hatte am 3. und 4. November 1943 in der „Aktion Erntefest“ die Zwangsarbeitslager Lublins durchkämmt und 42 000 Juden ermordet.

Auf das Sägewerk nahmen die SS-Männer keine Rücksicht. Die Häftlingsbaracken

**Geschäftserfolg durch „starke politische Bindungen zur SS und NSDAP“**

wurden niedergebrannt, ebenso die Ställe und die Garage samt Waschküche.

Die Werkleitung gab sich unwissend. Es sei „ein Brand ausgebrochen“, schrieb sie am 24. November an die Bayerische Versicherungsbank und forderte 133 140 Zloty Schadensersatz. Die Verlustliste – „Dies ist ein Staatsgeheimnis im Sinne des § 88 RStGB“ – war lang. Sie reichte von „134 Mannschaftsbetten 3stöckig“ je 100 Reichsmark bis zu 150 Paar Unterhosen für insgesamt 1500 Reichsmark.

Die Allianz-Tochter Bayerische Versicherungsbank schickte Oberinspektor Heidenreich von der Bezirksdirektion Krakau. Der entschied, das Massaker sei „ganz zweifelsfrei ein Kriegsereignis“, und lehnte eine Zahlung ab.

Bei der Allianz wußte man sehr wohl, daß nicht nur Werkhallen versichert wurden. Im Konzentrationslager Krakau-Plaszów waren die Wohnbaracken der 2000

jüdischen Häftlinge feuerversichert. Die Police 11244 deckte „Wohn- und Wirtschaftsbaracken für das Judenlager befindlich zu Krakau hinter dem jüdischen Friedhof“, Deckungssumme 3 Millionen Zloty für 13 500 Zloty Jahresprämie.

Die Bayerische Versicherungsbank erklärte sich bereit, eine Entschädigung auch dann zu zahlen, wenn das Lager „zum gleichen Zweck“ an anderer Stelle neu errichtet würde.

Mitte März 1943 räumte die SS das Krakauer Ghetto. 10 000 Juden kamen ins KZ vor Ort und wurden hier für die Vergasung in Auschwitz und Treblinka vorselektiert. Für die neuen Zwangsarbeiter mußten zusätzliche Baracken gebaut werden. Die Allianz-Tochter erhöhte – „nach einer erneuten eingehenden Besichtigung“ – die Versicherungssumme auf 35 Millionen Zloty für das „ZAL“ (Zwangsarbeitslager). Das Risiko wurde auf acht weitere Gesellschaften verteilt, darunter wiederum die Aachener und Münchener, Silesia und Vesta.

Die Versicherungsunternehmen ließen sich meist vorab informieren. Man habe davon Kenntnis erhalten, daß „ein neuer Plan für den Sie angehenden Teil des Zwangsarbeitslagers Plaszów in Arbeit sei“, schrieb etwa die Bayerische Versicherungsbank an die Deutschen Ausrüstungswerke, die im Lager Krakau seit Anfang 1944 eine Tischlerei betrieben. Die Versicherung bat um eine Kopie samt detaillierter Angaben über den „Wasserinhalt der Feuerlöschteiche“.

Die Allianz-Tochter gewährte den DAW im übrigen einen Sonderrabatt. Dank der „starken Erhöhung des Aufsichtspersonals“ sei „eine Änderung in den Betriebsverhältnissen zu Gunsten der allgemeinen Sicherheit erfolgt“.

Über die Höhe der Allianz-Gewinne aus den Verträgen mit den KZ-Betrieben läßt



# „Da kommt einiges zusammen“

Wie deutsche Versicherungskonzerne mit den Opfern des Holocausts umgingen

**E**in Team von Psychologen bereitete mehr als 100 Mitarbeiter auf den Einsatz vor: Tausende von Holocaust-Opfern aus aller Welt, so hieß es, würden über eine eigens zu diesem Zweck geschaltete Hotline bei der Münchner Allianz anrufen und von ihren tragischen Schicksalen erzählen.

Die Leitung steht seit dem 16. April. Geklingelt hat es knapp 200mal, doch nur 5 Anrufer meldeten konkrete Ansprüche aus Lebensversicherungen der Vorkriegszeit an. Die Allianz hatte versprochen, jede noch offene Police schnell auszus zahlen.

Der Konzern gibt sich nicht ohne Grund so entgegenkommend. Im Juli beginnt in New York ein Muster-Prozess, den neun Holocaust-Überlebende gegen die Allianz, ihre Tochterunternehmen Wiener Allianz und Riunione Adriatica sowie gegen die Generali, Der Anker und AGF Vie angestrengt haben. Diese Gesellschaften sollen nach Ansicht der Kläger im großen Stil Lebensversicherungen von Holocaust-Opfern kassiert haben und dafür nun bis zu sieben Milliarden Dollar Schadensersatz zahlen.

Allianz-Chef Henning Schulte-Noelle hält Forderungen in dieser Dimension für „völlig unrealistisch“ und beruft sich auf die Vorgehensweise der NS-Behörden. Die hätten ihre Opfer vor der Deportation gezwungen, alle Vermögenswerte anzugeben, auch die Lebensversicherungen.

Tatsächlich mußten die Assekuranten dem Reich den Rückkaufswert der Policen auszahlen, was sich nach dem Krieg als Vorteil erwies: Die Versicherungskonzerne konnten die Überlebenden an den Rechtsnachfolger des Dritten Reiches, also die Bundesrepublik, verweisen. Bonn hat allein 3000 Allianz-Kunden entschädigt.

Doch haben die deutschen Juden ihre Versicherungspolice vollständig angegeben? Die Allianz weiß das in Wahrheit auch nicht. Schulte-Noelle hat deshalb die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Anderson beauftragt, über 500 000 Lebensversicherungsakten aus der NS-Zeit zu überprüfen.

Eine Durchsicht der Policen hatten bereits die Nazis verlangt. Doch die Assekuranten reagierten zögerlich.

So beschwerte sich die Karlsruher Lebensversicherung A.G. am 19. Mai 1942, sie könne nicht den „ganzen Versicherungsbestand, der 130 000 Akten umfaßt, daraufhin durchsehen, ob irgendein ausgewanderter Jude an diesen Versicherungen Rechte besitzt“. Doch, entgegneten die NS-Behörden, das müsse sie. Schließlich meldete das badische Unternehmen am 16. Juli 1942

lose Erfassung der jüdischen Versicherungen“.

Daran hat sich wenig geändert, viele Versicherungsarchive wurden zudem im Zweiten Weltkrieg zerstört.

Eines ist allerdings unstrittig: Lebensversicherungen waren in den zwanziger Jahren unter den deutschen Juden besonders populär. Und wenn sie nur ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend Policen gekauft hätten, müßte es allein bei der Allianz noch einige tausend ungeklärte Fälle geben.

„Da kommt einiges zusammen“, vermutet Karl Brozik von der Jewish Claims Conference, die sich um heute herrenloses jüdisches Eigentum von Holocaust-Opfern bemüht.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft behauptet indes, die deutschen Versicherungen hätten sich „nicht an Vermögen von jüdischen Versicherungsnehmern bereichert“.

Doch die Assekuranten kassierten schon, als Himmler den Juden im Dezember 1938 das Autofahren verbot. Viele Unternehmen weigerten sich, die bereits für das kommende Jahr eingezahlten Beiträge für KFZ-Versicherungen zu erstatten.

Auch bereits eingekommene Gelder für Haftpflicht- und Unfallversicherungen von deportierten Juden blieben auf den Konten der Konzerne. Und selbst bei jenen Lebensversicherungspolice, die an die NS-

Behörden ausgezahlt wurden, machten die Unternehmen Gewinne. Sie überwiesen nur den Rückkaufswert. Das war weniger, als sie von ihren jüdischen Kunden kassiert hatten.

Mit Vertretern der Allianz hat sich Karl Brozik bereits getroffen. Der Versicherungskonzern erwägt die Gründung eines Fonds, wie ihn Schweizer Unternehmen eingerichtet haben, um Holocaust-Opfern zu helfen.

Das Modell ist den Münchner Versicherern geläufig. Die Schweizer Allianz-Töchter Elvia und Allianz Schweiz sind dort mit 600 000 Franken beteiligt.



**Hot-Line-Zentrale der Allianz in München**  
Fünf konkrete Ansprüche

per Einschreiben die Namen von zwölf Kunden, die „jüdische Auswanderer im Sinne der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz sein dürften“, also ihrer deutschen Staatsangehörigkeit beraubte Deportierte.

Daß die Versicherungen alle Kundennamen preisgaben, scheint eher fraglich. Weder in den Anträgen zu den Versicherungen noch in den Policen wurde die Religionszugehörigkeit vermerkt. „Eine Durchsicht der Akten“, erklärte am 29. Mai 1942 der Sprecher der Versicherungswirtschaft Dr. Meister, gebe „keine Gewähr für eine rest-

sich nur spekulieren. Die Allianz selbst geht heute davon aus, daß der Gewinn allenfalls wenige tausend Reichsmark betragen habe. Von einer „Bereicherung“ könne deshalb „nicht die Rede sein“, sagt der Allianz-Vorstand Herbert Hansmeyer (siehe Interview Seite 54).

Dem Allianz-Subdirektor Max Beier, der die meisten Policen mit dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt ausgehandelt hatte, genehmigte Generaldirektor Hans Heß allerdings noch 1944 eine Erhöhung des „pensionsfähigen Einkommens“ um 50 Prozent. Beier hatte, wie die Allianz 1949 intern einräumte, seinen geschäftlichen Erfolg „durch seine starken politischen Bindungen zur SS und NSDAP“ erzielen können.

Wie ein ganz normaler Kunde feilschte die SS um Mengenrabatt. Im KZ Dachau holte sie besonders viel heraus. Für die Feuerpolice A 1043005 – Versicherungssumme 1,5 Millionen Reichsmark – wollten die DAW nicht länger den vereinbarten Preis zahlen. Und die Allianz zeigte sich entgegenkommend: „In Anbetracht der bei

**„Sämtliche Werke, ebenso die Zentrale in Berlin, sind bei der Allianz versichert“**

Ihnen als der Reichsführung SS nahestehendem Unternehmen vorliegenden besonderen Verhältnisse“ sei man bereit, vom 15. Oktober 1943 an „einen Nachlaß von 25 v. H. zu gewähren“.

SS-Mann Reinarts von der DAW-Filiale im KZ Lublin-Majdanek wollte von der Allianz-Tochter Bayerische Versicherungsbank sogar einen Rabatt von 35 Prozent für die Feuerversicherung, schließlich seien „unsere sämtlichen anderen Werke, ebenso die Zentrale in Berlin, bei der Allianz versichert“. Reinarts setzte sich durch, allerdings erst nachdem „die noch freihängenden elektrischen Leitungen in Rohre gelegt“ wurden.

Drei Jahre später holte sich die Assekuranz das Geld zurück. Im Juli 1944 war das KZ Lublin-Majdanek vor der anmarschierenden Roten Armee geräumt worden. Die SS wollte die bereits gezahlte Jahresprämie anteilig erstattet bekommen. Doch die Versicherung behielt das Restgeld einfach ein, die Jahresprämie sei unteilbar, teilte das Unternehmen den SS-Dienststellen mit.

Am 2. Februar 1945 kündigte die DAW bei der Allianz per Einschreiben sämtliche Kfz- und Feuer-Versicherungen, von AN 913365 (Auschwitz) bis 304332 (Stutt-hof).

Fünf Wochen vor Toresschluß, am 28. März 1945, schrieben die für die DAW zuständigen SS-Leute aus Berlin, sie wollten „zu einem gegebenen Zeitpunkt über eine evtl. Fortsetzung der Versicherung neu verhandeln“.